

Vorlage, DS-Nr. 2021/0805

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Integrationsrat	10.06.2021			
Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Inklusion	23.06.2021			

Betreff: Kommunales Integrationsmanagement (KIM) bei der Stadt Troisdorf

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Inklusion nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und begrüßt das Engagement der Verwaltung bei der Implementierung.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: nein

Sachdarstellung:

Durch das Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagements“ soll in allen Kreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen ein rechtskreisübergreifendes individuelles Case-Management implementiert werden, um Menschen mit Einwanderungsgeschichte in jeder Lebenssituation bei ihrer Integration zu beraten.

Um detaillierte und belastbare Informationen zu den bestehenden Angebotsstrukturen für Menschen mit einer Flucht- und Einwanderungsgeschichte zu erhalten, erfolgte in einem ersten Schritt zunächst eine strukturierte Bestandsaufnahme der lokalen Angebote. Hierbei wurde jeder Troisdorfer Stadtteil unter dem Gesichtspunkt sieben integrationsrelevanter Handlungsfelder analysiert. (Anhang Leitfaden zur Bestandsaufnahme).

Diese Analyse der Angebotspalette ermöglicht es der Verwaltung, eine Idee davon zu entwickeln, mit welchen Akteuren im Rahmen von KIM eine vernetzte und partnerschaftliche Zusammenarbeit gestaltet werden kann.

Nach der Analyse des Ist-Standes erhebt die Verwaltung zurzeit den Beratungsbedarf von Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte. In der Konzeption von KIM ist die Orientierung an der Perspektive dieser Menschen von zentraler Bedeutung. Die Verwaltung hat daher einen mehrsprachigen Fragebogen konzipiert, der sowohl an kommunal untergebrachte Menschen mit Fluchtgeschichte, als auch an Migrant*innen ausgegeben wird. Die Fragen orientieren sich an denselben integrationsrelevanten Handlungsfeldern wie in dem o.g. Leitfaden (Anhang

Fragebogen Beratungsbedarf Geflüchtete & Migrant*innen) Die Befragung wird der Zielgruppe voraussichtlich ab Mitte Juni in digitaler Form als Online-Survey zugänglich sein.

Parallel hierzu tritt die Verwaltung proaktiv unter anderem mit jenen Migrantenselbstorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern und kommunalen Institutionen in Kontakt, die wie in der o.g. Bestandsaufnahme als relevant identifiziert haben (Anhang Befragung MSO & Wohlfahrt). Hier erfragt die Verwaltung noch einmal die Rahmenbedingungen, Kooperationen, sowie das Leistungsspektrum der jeweiligen Akteure. Dieser Fragebogen wird zeitnah an die entsprechenden Akteure versandt werden.

Es wird über den Sachstand berichtet.

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete